



**Information über die Umsetzung des Datenschutzes nach der EU Daten-
Grundschutzverordnung (DSGVO) durch die Landeshauptstadt München**
- Erhebung von Daten bei der betroffenen Person, Art. 13 DSGVO-
(hier: *Datenschutz beim Erlass sicherheitsrechtlicher Anordnungen/Maßnahmen zur
Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung*)

1. Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit

Im Zusammenhang mit der Erstellung sicherheitsrechtlicher Anordnungen/Maßnahmen ist die Verarbeitung personenbezogener Daten unabdingbar. Dabei sind personenbezogene Daten besonders sensibel, denn es handelt sich um Informationen, welche sich eindeutig auf eine bestimmte, natürliche Person zurückführen lassen. Laut DSGVO besteht daher die Verpflichtung, die Verarbeitungstätigkeiten aufzulisten, bei der persönliche Daten verarbeitet werden.

Die Verarbeitung persönlicher Daten fällt an:

- wenn sicherheitsrechtliche Maßnahmen Ihnen gegenüber erlassen, geprüft bzw. Sie über mögliche Anordnungen informiert werden
- Verstöße gegen das Presserecht bzw. Telemedienrecht angenommen werden

2. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Kreisverwaltungsreferat,
HA I, Sicherheit und Ordnung, Prävention
Abt. Sicherheit und Ordnung (KVR-I/2),
Uabt. 22 Allgemeine Gefahrenabwehr (KVR-I/22)
SG Mensch (KVR-I/222); ordnung.kvr@muenchen.de

3. Kontaktdaten der Datenschutzbeauftragten

Landeshauptstadt München
Behördliche Datenschutzbeauftragte
Marienplatz 8
80331 München
Telefon: 089/233-00 oder Behördennummer 115
E-Mail: datenschutz@muenchen.de

4. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

Ihre Daten werden dafür erhoben, um

- Anordnungen und sonstige Maßnahmen zu treffen um

1. rechtswidrige Taten, die den Tatbestand eines Strafgesetzes oder einer Ordnungswidrigkeit verwirklichen, oder verfassungsfeindliche Handlungen zu verhüten oder zu unterbinden,
2. Gefahren abzuwehren oder Störungen zu beseitigen, die Leben, Gesundheit oder die Freiheit von Menschen oder Sachwerte, deren Erhaltung im öffentlichen Interesse geboten erscheint, bedrohen oder verletzen

Ihre Daten werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchstabe d bzw. e DSGVO, Art. 9 Abs. 2 Buchstabe c, e, g in Verbindung mit Art. 7 Abs. 2 LStVG verarbeitet..

Ihre Daten werden dafür erhoben, um

- Anordnungen und sonstige Maßnahmen zu treffen um

1. rechtswidrige Taten, die den Tatbestand eines Strafgesetzes oder einer Ordnungswidrigkeit

verwirklichen, oder verfassungsfeindliche Handlungen zu verhüten oder zu unterbinden,
2. Gefahren abzuwehren oder Störungen zu beseitigen, die Leben, Gesundheit oder die Freiheit von Menschen oder Sachwerte, deren Erhaltung im öffentlichen Interesse geboten erscheint, bedrohen oder verletzen

Ihre Daten werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe d bzw. e DSGVO, Art. 9 Abs. 2 Buchstabe c, e, g in Verbindung mit Art. 7 Abs. 2 LStVG verarbeitet.

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Ihre personenbezogenen Daten können weitergegeben werden an:

- *andere Fachbereiche der Stadtverwaltung:*

- *Stadtkämmerei*
- *Kreisverwaltungsreferat*
- *Sozialreferat*

- *andere Behörden*

- *Landespolizeibehörden*
- *Bundespolizeibehörden*

um rechtswidrige Taten und Störungen zu verhindern bzw. unterbinden.

6. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Ihre Daten werden nach der Erhebung im Regelfall *längstens 10 Jahre* bei der Landeshauptstadt München gespeichert.

7. Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).

Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).

Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).

Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz.

Hinweis: Die Inhalte dieses Dokuments spiegeln den jetzigen Kenntnisstand wider und werden regelmäßig aktualisiert.